

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 20 | 20.05.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 62/2022](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Kraftfahrzeuggesetz** 1967 geändert wird (40. KFG-Novelle) (Schaffung der Möglichkeit eines Vorgehens gegen problematische Verhaltensweisen durch unsachgemäße oder illegale Veränderungen an Fahrzeugen sowie gegen gefährliche Fahrweisen in der „Tuner-Szene“; Anhebung des Strafrahmens und Einführung einer Mindeststrafe)

[BGBl I 63/2022](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Einkommensteuergesetz** 1988, das **Erdgasabgabegesetz**, das **Elektrizitätsabgabegesetz** und das **Mineralölsteuergesetz** 2022 geändert werden (Senkung der Erdgasabgabe und der Elektrizitätsabgabe; Pendlerpauschaleerhöhung bis Juni 2023; Mineralölsteuerbegünstigung)

[BGBl II 186/2022 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einreise nach Österreich im Zusammenhang mit COVID-19 (**COVID-19-Einreiseverordnung** 2022 – COVID-19-EinreiseVO 2022)

[BGBl II 189/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Compliance von COVID-19-Leistungen (**Transparenzdatenbank-COVID-19-Compliance-Verordnung**)

[BGBl II 190/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur zwölften Änderung der **FinanzOnline-Verordnung** 2006

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 137 v 16.05.2022, 1](#)

Richtlinie (EU) 2022/738 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von **ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen** im Güterkraftverkehr

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.02.2022, [E 870/2021 ua](#)

AusländerbeschäftigungsG; Verletzung im Recht auf **Unversehrtheit des Eigentums** durch die Verhängung einer **Geldstrafe** nach dem AusländerbeschäftigungsG gegen den Betreiber eines Gastgewerbes wegen Unterlassung der Bekanntgabe der Identität einer bei einer **Kontrolle der Finanzpolizei** angetroffenen Person auf Grund denkunmöglicher Gesetzesanwendung; Pflicht des Arbeitgebers zur Bekanntgabe der Identität der angetroffenen ausländischen Beschäftigten käme einem Zwang zur Selbstbeschuldigung gleich

28.02.2022, [E 2802/2021](#)

Oö Sozialhilfe-AusführungsG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die **Kürzung des Richtsatzes** nach dem Oö Sozialhilfe-AusführungsG mangels Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der gesamten Haushaltsgemeinschaft mit einem (mittlerweile) volljährigen behinderten Kind

17.03.2022, [V 15/2022 ua](#)

EpidemieG; keine Gesetzwidrigkeit der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

17.03.2022, [V 20/2022 ua](#)

EpidemieG; keine Gesetzwidrigkeit der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

17.03.2022, [V 37/2022 ua](#)

EpidemieG; keine Gesetzwidrigkeit der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

17.03.2022, [V 88/2022 ua](#)

EpidemieG; keine Gesetzwidrigkeit der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

17.03.2022, [V 95/2022](#)

EpidemieG; keine Gesetzwidrigkeit der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

17.03.2022, [V 101/2022 ua](#)

EpidemieG; keine Gesetzwidrigkeit der VO des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

17.03.2022, [V 117/2022](#)

EpidemieG; keine Gesetzeswidrigkeit der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

17.03.2022, [V 125/2022](#)

EpidemieG; keine Gesetzeswidrigkeit der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund hinreichender **Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen**; der Weisungsakt des Landeshauptmann-Stellvertreters enthält die in der konkreten Situation mögliche und zumutbare Dokumentation

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

07.04.2022, [Ra 2019/07/0061](#)

AVG; VwGG; zur Erteilung einer **Approbationsbefugnis** namens einer monokratischen Behörde (als Angelegenheit der behördeninternen Organisation) bedarf es keiner öffentlichen Kundmachung; nach der Rsp der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts bedarf die Regelung der inneren Organisation einer Behörde grundsätzlich keines Gesetzes

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 21.02.2022, [W224 2251432-1](#)

UniversitätsG; § 90 Abs 2 zweiter Satz UniversitätsG beschränkt das **Nostrifizierungsverfahren von ausländischen Studienabschlüssen** auf eine einzige Universität; die Regelung des leg cit, wonach es unzulässig ist, denselben Nostrifizierungsantrag gleichzeitig oder nach der Zurückziehung an einer anderen Universität einzubringen, läuft nach der Ansicht des BVwG darauf hinaus, dass auch hintereinander geführte Verfahren an verschiedenen Universitäten unzulässig sind; wenn somit über den Antrag des Bf bereits mit Bescheid der Universität Wien rechtskräftig abgesprochen wurde, stand einer **neuerlichen Entscheidung in der Sache** über den nunmehr an der JKU Linz eingebrachten Antrag „**entschiedene Sache**“ nach § 68 Abs 1 AVG iVm § 90 Abs 2 zweiter Satz UniversitätsG entgegen

LVwG OÖ 01.04.2022, [LVwG-701570](#)

MeldeG; der objektive Tatbestand des § 22 Abs 1 Z 1 iVm § 3 Abs 1 MeldeG ist erfüllt, wenn jemand, der in einer Wohnung Unterkunft genommen hat, sich nicht innerhalb von drei Tagen danach bei der Meldebehörde angemeldet hat; die Strafbestimmungen sehen keine Strafe für unrichtige Angaben hinsichtlich der Wohnsitzqualität (Hauptwohnsitz/Nebenwohnsitz) vor; es ist nicht Aufgabe der Meldebehörde, die **Richtigkeit der Angaben zur Wohnsitzqualität** zu überprüfen; hierfür spricht insb die Überlegung, dass die Prüfung, ob die Angabe zur Wohnsitzqualität den Tatsachen entspricht, dem Reklamationsverfahren vorbehalten sein und nicht iRe Verwaltungsstrafverfahrens stattfinden soll

LVwG NÖ 13.05.2022, [LVwG-AV-416/001-2021](#)

AbfallwirtschaftsG; nach § 1 Abs 1 und 2 iVm Anlage 5 der AbfallverzeichnisVO hat die **Zuordnung eines Abfalls** zu jener Abfallart zu erfolgen, „die den Abfall in seiner Gesamtheit am besten beschreibt“; befindet sich ein bestimmtes Material in Bezug auf seine Einstufung als Abfallart zwischen zwei Schlüsselnummern, so kommt der Formulierung „**konkretest mögliche Abfallbezeichnung**“ Bedeutung zu; es ist also jene Abfallbezeichnung zu wählen, die den Abfall am präzisesten beschreibt; gleichzeitig anerkennt der Ordnungsgeber durch das Wort „möglich“ eine potentielle Unschärfe in der Beschreibung, woraus folgt, dass es sich um einen **Näherungswert** handelt; es kommt deshalb auf ein Überwiegen der Eigenschaften und Charakterisierungen an und der Abfall ist daher jener Abfallbezeichnung zuzuordnen, deren Definition er am nächsten kommt

LVwG Tir 21.04.2022, [LVwG-2021/14/3427-1](#)

VStG; ohne **Anführung konkreter Anordnungsbefugnisse** kann die Einhaltung aller Verwaltungsvorschriften für eine konkrete Filiale nicht einem verantwortlichen Beauftragten übertragen werden; eine Bestellungsurkunde zum verantwortlichen Beauftragten kann sich darüber hinaus nur auf jene Aufgabenbereiche beziehen, die zum Zeitpunkt ihrer Erstellung auch real

existierten; wenn somit – wie im Zuge der COVID-19-Pandemie – neuartige, in dieser Form und in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Vorschriften eingehalten werden müssen, ist eine neue **Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten** erforderlich

LVwG Wien 31.03.2022, [VGW-151/V/080/222/2022](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; ein Antrag gem § 41a Abs 10 Niederlassungs- und AufenthaltsG zielt primär gerade nicht auf eine Familienzusammenführung mit einem bereits im Bundesgebiet aufenthaltsberechtigten Zusammenführenden ab, sondern auf einen **Aufenthaltstitel für rechtlich alleinstehende Minderjährige**; es ist daher auch nicht auf die Minderjährigkeit im Zeitpunkt der Antragstellung abzustellen

LVwG Wien 28.04.2022, [VGW-111/093/6141/2021](#)

Wr BauO; wenn innerhalb der Frist des § 70a Abs 4 Wr BauO Modifikationen möglich sind, um eine **Untersagung des Bauvorhabens** nach dieser Bestimmung zu verhindern, sind auch **Modifikationen zur Verhinderung einer Versagung** der Baubewilligung nach § 70a Abs 9 leg cit (die im Übrigen nicht nur innerhalb bestimmter Fristen erfolgen darf) als zulässig anzusehen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[17.05.2022, Rs C-600/19, Ibercaja Banco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Äquivalenzgrundsatz – Effektivitätsgrundsatz – **Hypothekenvollstreckungsverfahren** – Missbräuchlichkeit der Klausel, mit der der **Nominalverzugszinssatz** festgelegt wird, und der Klausel über die **vorzeitige Fälligkeitstellung**, die in dem Darlehensvertrag enthalten sind – Rechtskraft und Ausschlusswirkung – Verlust der Möglichkeit, die Missbräuchlichkeit einer Klausel des Vertrags vor einem Gericht geltend zu machen – Kontrollbefugnis von Amts wegen des nationalen Gerichts

[17.05.2022, verb Rs C-693/19 u C-831/19, SPV Project 1503](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Äquivalenzgrundsatz – Effektivitätsgrundsatz – Verfahren zum **Erlass eines Mahnbescheids** und eines **Pfändungsbeschlusses** gegenüber Dritten – Die Gültigkeit der **Klauseln des Vollstreckungstitels** implizit erfassende Rechtskraft – Befugnis des Vollstreckungsgerichts, die etwaige Missbräuchlichkeit einer Klausel von Amts wegen zu prüfen

[17.05.2022, Rs C-725/19, Impuls Leasing România](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Äquivalenzgrundsatz – Effektivitätsgrundsatz – Verfahren zur Zwangsvollstreckung aus einem **Leasingvertrag**, der einen vollstreckbaren Titel darstellt – Vollstreckungsbeschwerde – Nationale Regelung, die es dem mit dieser Beschwerde befassten Gericht nicht gestattet, die Missbräuchlichkeit der Klauseln eines Vollstreckungstitels zu prüfen – **Befugnis des Vollstreckungsgerichts**, die etwaige Missbräuchlichkeit einer Klausel von Amts wegen zu prüfen – Bestehen eines ordentlichen Rechtsbehelfs, der die Kontrolle der Missbräuchlichkeit dieser Klauseln ermöglicht – **Erfordernis einer Sicherheitsleistung** für die Aussetzung des Vollstreckungsverfahrens

[17.05.2022, Rs C-869/19, Unicaja Banco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Äquivalenzgrundsatz – Effektivitätsgrundsatz – **Hypothekenvvertrag** – Missbräuchlichkeit der im Hypothekenvvertrag enthaltenen Mindestzinssatzklausel – Nationale Vorschriften über das Berufungsverfahren – **Zeitliche Begrenzung der Wirkungen der Nichtigerklärung** einer missbräuchlichen Klausel – Erstattung – Befugnis des nationalen Berufungsgerichts zur Prüfung von Amts wegen

19.05.2022, Rs C-466/20, HEITEC

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Marken** – Richtlinie 2008/95/EG – Art 9 – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 54, 110 und 111 – Verwirkung durch Duldung – **Begriff der Duldung** – Unterbrechung der Verwirkungsfrist – Abmahnung – Zeitpunkt der Unterbrechung der Verwirkungsfrist bei Einlegung eines gerichtlichen Rechtsbehelfs – **Wirkungen der Verwirkung** – Ansprüche auf Schadensersatz, Auskunft und Vernichtung von Waren

19.05.2022, Rs C-569/20, Spetsializirana prokuratura (Procès d'un accusé en fuite)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/343 – Art 8 – **Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung** – Unterrichtung über die Verhandlung – **Unmöglichkeit**, die beschuldigte Person trotz angemessener Bemühungen der zuständigen Behörden ausfindig zu machen – Möglichkeit einer Verhandlung und einer Verurteilung in Abwesenheit – Art 9 – **Recht auf eine neue Verhandlung** oder auf Einlegung eines sonstigen Rechtsbehelfs, die bzw. der eine neue Prüfung des Sachverhalts ermöglicht

19.05.2022, Rs C-33/21, INAIL und INPS

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wandererwerbstätige** – Soziale Sicherheit – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 14 Nr 2 Buchst a Ziff i und ii – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 11 Abs 5 – Art 13 Abs 1 Buchst a und b – **Begriff ‚Heimatabasis‘** – **Fliegendes Personal** – Erwerbstätige, die im Gebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten abhängig beschäftigt sind – Anknüpfungskriterien

B. SCHLUSSANTRÄGE

19.05.2022, Rs C-24/20, Kommission/Rat (Adhésion à l'acte de Genève) (GA Szpunar)

Nichtigkeitsklage – Beschluss (EU) 2019/1754 – **Beitritt der Europäischen Union** zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben – Den Mitgliedstaaten erteilte Ermächtigung, der **Genfer Akte** neben der Union beizutreten – Kein Vorschlag der Kommission – Befugnis des Rates zur **Abänderung des Kommissionsvorschlags** – Ausschließliche Außenkompetenz der Union – Art 13 Abs 2 und Art 17 Abs 2 EUV – Art 2 Abs 1, Art 218 Abs 6 und Art 293 Abs 1 AEUV

19.05.2022, Rs C-623/20 P, Kommission/Italien (GA Collins)

Rechtsmittel – **Sprachenregelung** – Bekanntmachung des allgemeinen Auswahlverfahrens für Beamte der Funktionsgruppe Administration im Bereich **Audit** – Sprachkenntnisse – Beschränkung der Wahl der Sprache 2 des Auswahlverfahrens auf Englisch, Französisch oder Deutsch – **Beamtenstatut** – Diskriminierung aufgrund der Sprache – Rechtfertigung – **Dienstliches Interesse** – Erwartung an neue Mitarbeiter, schon bei ihrer Einstellung in der Lage zu sein, ihre dienstlichen Aufgaben wahrzunehmen

19.05.2022, Rs C-635/20 P, Kommission/Italien und Spanien (GA Collins)

Rechtsmittel – **Sprachenregelung** – Bekanntmachung der allgemeinen **Auswahlverfahren für Ermittler und Teamleiter** – Sprachkenntnisse – Beschränkung der Wahl der Sprache 2 der Auswahlverfahren auf Englisch, Französisch oder Deutsch – Verordnung Nr 1 – **Beamtenstatut** – Diskriminierung aufgrund der Sprache – Rechtfertigung – Dienstliches Interesse – Erfordernis, dass neue Mitarbeiter schon bei ihrer Einstellung in der Lage sind, ihre dienstlichen Aufgaben wahrzunehmen

19.05.2022, Rs C-180/21, Inspektor v Inspektorata kam Visshia sadeben savet (Finalités du traitement de données – Enquête pénale) (GA Sánchez-Bordona)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 4 und 6 – Richtlinie (EU) 2016/680 – Art 1, 2 bis 4 und 9 – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen eines **Strafverfahrens** – Verarbeitung **personenbezogener Daten des Opfers** einer Straftat zum Zweck seiner späteren Anklage und der Verteidigung der Staatsanwaltschaft in einem Zivilverfahren – Wendung „für einen anderen ... [Zweck] als den, für den die personenbezogenen Daten erhoben werden“

C. GERICHT

[18.05.2022, Rs T-296/20, Foz/Rat](#)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen gegen Syrien – Einfrieren von Geldern** – Beurteilungsfehler – Verhältnismäßigkeit – Eigentumsrecht – Recht auf Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit – Missbrauch von Befugnissen – Begründungspflicht – **Verteidigungsrechte** – Recht auf ein faires Verfahren – Bestimmung der Kriterien für die Aufnahme in die Liste

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

17.05.2022, Beschwerde Nr [71367/12](#) ua, *Oganezova / Armenien*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter) iVm **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot), Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, Versäumnis des Staates Bf (LGBT-Barbesitzer und Aktivisten) vor Brandstiftung, homophoben körperlichen und verbalen Angriffen zu schützen und wirksame Ermittlungen durchzuführen, Fehlen eines wirksamen innerstaatlichen strafrechtlichen Mechanismus zur Untersuchung von Diskriminierungsklagen

17.05.2022, Beschwerde Nr [39764/20](#), *Simić / Bosnien und Herzegowina*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit), Verurteilung zu einer Geldstrafe wegen Missachtung des Gerichts, kritische Äußerung und Scherz durch Bf (Anwalt) im Verfahren, Kontext, in dem der Scherz und die kritischen Bemerkungen gemacht wurden, nicht ausreichend gewichtet

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschlager, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.